Vorsicht, Familienstrafe!

Die Vorlage zur Einführung der Individualbesteuerung ist weit mehr als nur eine technische Steuerreform. Sie ist ein wahres Bürokratiemonster mit negativen Folgen:

Der Bundesrat rechnet mit jährlichen Mindereinnahmen von rund 1 Milliarde Franken bei der direkten Bundessteuer. **Profitieren** würden vor allem **Doppelverdiener-Ehepaare** mit ähnlich hohen Einkommen.

Mehrbelastet würden **Einverdiener-Ehepaare** und Familien mit stark ungleicher Einkommensverteilung – typische Mittelstandsfamilien, in denen ein Partner Teilzeit arbeitet oder Betreuungsarbeit leistet. Insbesondere Familien mit traditioneller Rollenverteilung werden **mit tausenden Franken zusätzlich belastet.** Die Ehe als bewährte Wirtschafts- und Solidargemeinschaft wird steuerlich zerschlagen.

Die Umsetzung verursacht rund **1,7 Millionen zusätzliche Steuererklärungen** pro Jahr und zwingt die Kantone zu teuren Systemumbauten.

> **Unfair: Statt die Heiratsstrafe abzuschaffen, wird eine Familienstrafe eingeführt.**

Darum am 8. März 2026

NEIN zur Individual-besteuerung!

Bargeld hat Zukunft!

Die Initiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» verlangt, dass die Politik dafür sorgt, dass Münzen und Banknoten stets in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, um der Bevölkerung eine freie Wahl des Zahlungsmittels zu ermöglichen. Damit soll verhindert werden, dass das Bargeld schleichend abgeschafft wird.

Die EDU unterstützt die Initiative zum Schutz des Bargelds und bittet Sie, ihr am 8. März 2026 zuzustimmen.

In der EU wird daran gearbeitet, Bargeld zu verdrängen und durch digitales, leicht entwertbares Zentralbankgeld zu ersetzen. Mit einem Ja zur Bargeld-Initiative können wir solche Vorhaben erschweren!

Ja zur Initiative Bargeld ist Freiheit!

Die EDU ist eine bürgerliche Partei, die auf der Grundlage christlicher Werte politisiert. Sie möchten mehr erfahren? Melden Sie sich unkompliziert!

Spenden mit Twint

QR-Code mit TWINT App scannen:

Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) Schweiz
Postfach
CH-3601 Thun Aarezentrum

+41 33 222 36 37
info@edu-schweiz.ch

www.edu-schweiz.ch

Informationen zu den eidg. Volksabstimmungen vom 8. März 2026

EDU UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Informieren Sie sich auf unseren Kanälen in den sozialen Medien!

/eduschweiz
/edu_udf_ch
/EDUSchweiz
/@edu.schweiz

Ja zur SRG-Initiative

Ja zur Bargeld-Initiative

Nein zur Individualbesteuerung

Nein zur Klimafonds-Initiative

Jede Stimme zählt!

Hinweis: Dies ist eine politische Publikation. Politische Mitteilungen fallen nicht unter das Werbeverbot. Diese werden deshalb in alle Haushaltungen verteilt.

«Trotz Milliardendefiziten beim Bund: SRG braucht mehr Geld...»

SRG, zurück zum Kernauftrag!

Die SRG ist in den letzten Jahren zu gross, zu teuer und politisch einseitig geworden. Die rekordhohen SRG-Gebühren zu begrenzen, ist längst überfällig. Mit einem Ja am 8. März 2026 kehren wir zurück zu journalistischer Ausgewogenheit und hin zu einem schlanken, effizienten und glaubwürdigen Service Public.

Trotz versprochenen Einsparungen hat die SRG in den letzten Jahren immer mehr Geld ausgegeben. Im Jahr 2024 ist der Betriebsaufwand auf 1,54 Milliarden Franken angestiegen – und mit 7'200 Beschäftigten (+400 gegenüber 2021) hat die SRG mehr Personal als je zuvor *(Quelle: SRG/persoenlich.com)*. Während die Bevölkerung und die Wirtschaft den Gürtel enger schnallen müssen, bezieht SRG-Direktorin Susanne Wille einen jährlichen Lohn von einer halben Million Franken, die Geschäftsleitungsmitglieder der SRG verdienen pro Jahr durchschnittlich 400'000 Franken.

Es liegt auf der Hand: **Von sich aus wird die SRG nicht sparen.** Es braucht die Initiative «200 Franken sind genug!», damit sich die SRG wieder auf ihren Kernauftrag besinnt und vernünftig wirtschaftet.

Weitere Argumente:
www.edu-schweiz.ch

Schweiz mit europaweit höchsten Radio- und TV-Gebühren!

335 Franken müssen Schweizer Haushalte jährlich für die SRG bezahlen – selbst wenn sie deren Programme gar nicht konsumieren. Das ist mit Abstand der höchste Wert in ganz Europa! Viele andere Staaten beweisen, dass man auch mit wesentlich weniger Geld gute öffentlich-rechtliche Programme gestalten kann. In unseren Nachbarländern betragen die jährlichen Gebühren 210 Franken (Deutschland), 175 Franken (Österreich) und 67 Franken (Italien). *Quelle: Statista/20min.ch*

Die Online-Aktivitäten der SRG sind völlig unverhältnismässig und haben längst nichts mehr mit Service Public zu tun. Alleine auf Facebook betreibt die SRG 62 Kanäle. Auf YouTube sind es deren 48, auf Instagram 47 und auf TikTok 12 Kanäle *(Quelle: 20min.ch)*. Mit ihrem Milliarden-Budget konkurrenziert die SRG auf Social Media Private, welche ohne staatliche Mittel um ihr Überleben kämpfen. Das gehört definitiv nicht zum Leistungsauftrag der SRG.

Die Radio- und TV-Gebühren müssen in sachliche Information, Bildung, Kultur und nationalen Zusammenhalt fliessen – nicht in Social-Media-Abenteuer und aufgeblähte Strukturen. Nur ein Ja zur SRG-Initiative bewirkt eine Kurskorrektur, damit die Prioritäten wieder richtig gesetzt werden.

ZHAW: «70% der SRG-Journalisten ticken links»

Laut einer Erhebung der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) verorten sich rund 70% der SRG-Journalisten als links oder sehr links. Diese Schieflage wirkt sich leider auf die Programmgestaltung aus. Statt objektiv und fair zu berichten, sind Beeinflussungen und Weglassungen beim SRF an der Tagesordnung. Immer wieder rügt die Unabhängige Beschwerdeinstanz (UBI) die Berichterstattung in SRF-Sendungen. Zu oft verletzt die SRG die freie Willensbildung der Bevölkerung und ihren gesetzlichen Auftrag zur Ausgewogenheit.

Skandal: SRG sponsert Nein-Kampagne mit 400'000 Franken!

Um die Stimmbevölkerung von einem Nein zur Gebührensenkung zu überzeugen, investiert die SRG-Trägerschaft 400'000 Franken in den Abstimmungskampf *(Quelle: Eidg. Finanzkontrolle)*. Die SRG tritt damit offiziell als politischer Akteur in Erscheinung und missbraucht die Gebührengelder für Polit-Propaganda. Das ist ein absolutes No-Go! Nur ein Ja zur SRG-Initiative schafft hier Abhilfe!

Darum am 8. März 2026:
Ja zur SRG-Initiative
200 Franken sind genug!